



Nr. 87 / 12.10.2018

Alexander HOFFMANN *informiert*

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Landräte zu politischen Gesprächen in der Hauptstadt

Liebe Leserinnen, liebe Leser, in dieser Sitzungswoche hatte ich „meine“ Landräte, Jens Marco Scherf (Miltenberg) und Thomas Schiebel (Main-Spessart) zu Gast. Die beiden waren anlässlich einer durch den Bayerischen Landkreistag initiierten, dreitägigen Tagung in Berlin. Die bayerischen Landräte hatten gleich eine ganze Reihe sehr hochrangiger Gesprächspartner: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Olaf Scholz, Entwicklungshilfeminister Gerd Müller, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus und CSU-Landesgruppen-Chef Alexander Dobrindt. Mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie mit den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses gab es zudem einen regen Austausch zur Zukunft der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum – eines der wichtigsten bundespolitischen Themen mit kommunaler Relevanz. Darüber hinaus haben auch wir hier in der Hauptstadt mehrere wichtige Anliegen aus dem Wahlkreis besprochen: So ging es etwa um eine mögliche Aufstockung der finanziellen Mittel des Bundesprogramms mit dem sperrigen Titel „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“, wovon auch Kommunen in unseren Landkreisen profitieren könnten. Insbesondere das Spessartbad in Mönchberg ist ein mögliches Förderobjekt.



Ein ebenso wichtiges Thema ist die Elektrifizierung der Maintalbahn zwischen Aschaffenburg und Miltenberg. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD war vereinbart worden, für den Schienenverkehr ein umfassendes Förderprogramm zur Elektrifizierung von 70 Prozent des Schienennetzes bis zum Jahr 2025 aufzulegen. Hiervon erhoffen wir uns positive Auswirkungen auf den bayerischen Untermain und werben für entsprechende baldige Beschlüsse des Ministeriums. Daher haben Jens Marco Scherf und ich auch bereits gemeinsam Kontakt zu Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer aufgenommen.

Wie die AfD mit Polemik versucht, die Gesellschaft weiter zu spalten

In dieser Sitzungswoche durfte ich erneut gleich wieder mehrere Reden im Plenum halten. Als meine zweite Rede zum Thema „Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung“ begann, war es – streng genommen – allerdings schon Freitag. Denn die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt begann gegen 1.00 Uhr und endete dann gegen 1.30 Uhr.

Meine erste Rede am Donnerstagvormittag bezog sich auf einen Antrag der AfD über den Islam und die angeblich untrennbar mit ihm verbundene Scharia. Um es kurz zu machen: Es war wieder ein typischer AfD-Antrag: mit heißer Nadel gestrickt, auf den letzten Drücker an alle Fraktionen verschickt. Das geschieht übrigens leider sehr regelmäßig.

Für ein solches Verhalten gibt es eigentlich nur zwei Gründe: Entweder das ist Absicht – dann liegt der AfD offensichtlich nichts an Sacharbeit. Oder es fehlt schlichtweg an Leistungsfähigkeit. Jedenfalls ist diese Fraktion bislang noch nicht durch qualitativ hochwertige Sacharbeit aufgefallen.

Es gibt noch ein Kennzeichen, woran man den AfD-Antrag erkennt: Es genügt ein Blick auf die ursprüngliche Überschrift – eine Überschrift aus zwei Zeilen mit eigentlich schon zwei Falschbehauptungen: Es wird behauptet, die Scharia sei untrennbar mit dem Islam verbunden. Das ist falsch: Wir haben mehr als 4 Millionen Muslime in diesem Land, und ein Großteil von ihnen hat mit dem Scharia-Recht überhaupt nichts zu tun; es ist ihnen meistens nicht einmal bekannt. Im Übrigen ist es so, dass in der Scharia selbst davon ausgegangen wird, dass das ein Regelwerk ist, das dem Wandel unterworfen ist – auch das hat die AfD natürlich vergessen zu erwähnen.

Dafür wurden vonseiten der AfD allen Ernstes Verse aus einer Sure vorgelesen. Wer die Bibel kennt, der weiß, dass zum Beispiel im 3. Buch Mose, Kapitel 20, steht: „Ein Mann, der mit der Frau seines Nächsten die Ehe bricht, wird mit dem Tod bestraft, der Ehebrecher samt der Ehebrecherin.“ Und in Matthäus 15 steht: „Wer Vater oder Mutter verflucht,

soll mit dem Tod bestraft werden.“ Auch dort ist es so, dass die AfD die Realität ausblendet oder lieber verschweigt. Denn ich gehe davon aus, dass viele AfD-Abgeordnete durchaus wissen, wie der Koran zu lesen ist, wie die Bibel zu lesen ist, wie zum Beispiel auch die Thora zu lesen ist – nämlich immer im Lichte ihrer Zeit.

In der zweiten Hälfte der Überschrift heißt es sinngemäß: Islam und Scharia haben im Rechtsstaat keinen Platz. Das ist eine Selbstverständlichkeit, für die ich die AfD nicht gebraucht hätte! Diese Thematik beschäftigt uns schon seit Jahren – gerade weil wir das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Deshalb gibt es seit 2011 die Arbeitsgruppe „Paralleljustiz“. Das ist im Übrigen eine bayerische Initiative. Es gibt ein Bayerisches Integrationsgesetz, in dem es in Artikel 14 um das Unterlaufen der verfassungsmäßigen Ordnung geht. Auch im Bundestag haben wir uns oft mit all diesen Fragen beschäftigt. Ich darf nur erinnern an die Diskussion über die Frage der Nichtigkeit von Kinderehen. Auch da konnten wir eine Lösung finden, ohne dass wir dazu die AfD gebraucht hätten.

Wenn wir uns bestimmte Vorfälle anschauen, zum Beispiel den Vorfall mit der Scharia-Polizei in Wuppertal, dann erkennen wir, dass der Rechtsstaat sehr gut funktioniert. Die Urteile des Landgerichts Wuppertal sind vom BGH aufgehoben worden.

Ich glaube, dass man diesem Thema sachlich begegnen sollte. Mein Fazit der Debatte: Der radikale Islam darf nicht klein geredet werden. Man darf ihn aber nicht mit polemischen Anträgen zur Spaltung des gesellschaftlichen Zusammenhangs instrumentalisieren!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Michael Dominik